



An das  
Bundesministerium für Gesundheit  
BMG - II/A/3  
Radetzkystraße 2  
1030 Wien  
per E-Mail an  
nIIA3@bmg.gv.at und begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 20. Juni 2013

### **Stellungnahme**

zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Führung der Bezeichnung „Psychologin“ oder „Psychologe“ und über die Ausübung der Gesundheitspsychologie und der Klinischen Psychologie (Psychologengesetz 2013) / (538/ ME)

### **Postgraduelle Fachausbildung Klinische Psychologie/ Gesundheitspsychologie**

Seit Inkrafttreten des ersten PsychologInnengesetzes im Jahr 1990 hat sich eine unerfreuliche Dynamik entwickelt, die dazu führte, dass PsychologInnen nach ihrem Studienabschluss aus Angst vor einem nicht erfolgreichen Reüssieren am Arbeitsmarkt unbezahlte Arbeit in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens aufnahmen, um dadurch die insgesamt 1480 benötigten Praxisstunden für ihre Fachausbildung im Bereich der Klinischen und Gesundheitspsychologie zu erwerben. Dies führt neben einer hoch problematischen sozialen Selektion (wer kann sich ein weiteres Jahr ohne Verdienst nach dem Studium leisten?!) zu massiver Ausbeutung von Uni-AbsolventInnen, die sich teils arbeitsrechtlich am Rand der Legalität bewegt: Viele KollegInnen in Fachausbildung verrichten verantwortungsvolle und unverzichtbare systemerhaltende Tätigkeiten, ohne welche die entsprechende



Klinik oder psychosoziale Einrichtung ihren Betrieb nicht gewährleisten könnten. Nicht bezahlte Arbeit bewegt sich hier am Rande oder außerhalb des Arbeitsrechts!

Diese Situation stürzt viele AkademikerInnen mit Abschluss in Psychologie in höchst prekäre Arbeits-, Ausbildungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, mit hohen Kosten und oft hohem Risiko auch für die eigene Gesundheit. (Zu befürchten ist weiters eine arbeitsrechtliche Klagsflut von PsychologInnen in Zukunft, welche für die betroffenen Einrichtungen und Kliniken einen nicht einschätzbaren plötzlichen Kostenfaktor darstellen könnten.).

Daher wird in Fachkreisen schon lange ein Turnus-Modell für PsychologInnen in Fachausbildung gefordert, das eine faire Bezahlung beinhalten muss, und die den Lebensunterhalt sichert!!!

Der vorliegende Entwurf zur Novelle des PsychologInnen-Gesetzes bietet hier eine große Chance, indem er diese Problematik aufgreift:

Im **§ 8 („Grundsätze für den Erwerb fachlicher theoretischer und praktischer Kompetenz in Gesundheitspsychologie und in Klinischer Psychologie“)** wird in den **Absätzen 2aa sowie 2ba** festgelegt, dass die praktische Fachausbildungstätigkeit „im Rahmen von Arbeitsverhältnissen“ zu geschehen hat. Dies können nur bezahlte Arbeitsverhältnisse nach dem ASVG sein!

Damit diese richtige Stoßrichtung Form erhält und nicht zahnlos wird, sind jedoch zusätzliche flankierende Maßnahmen erforderlich, damit PsychologInnen in Fachausbildung auch zu diesem Recht kommen. Diese müssen in politische Gestaltung, in Bestimmungen und Verordnungen münden - bezüglich finanzieller und organisatorischer Rahmenbedingungen für bezahlte psychologische Ausbildungsstellen. Ähnliche wie bei Turnusplätzen muss es auch für PsychologInnen in Ausbildung Planstellen und Kontingente geben, die Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Dies ist auch eine sinnvolle Investition in die Qualität und Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems und psychosozialer Einrichtungen!



### **Ausdifferenzierung der Fachausbildungen und Berufsbilder in Klinische und Gesundheitspsychologie**

Gegenüber dem alten Gesetz sieht der neue Entwurf eine stark getrennte Fachausbildung im Bereich Klinische Psychologie und im Bereich Gesundheitspsychologie vor (S. §§ 14-15 für Gesundheitspsychologie sowie §§ 23 - 24 für die Klinische Psychologie).

Es ist zu überprüfen, inwiefern diese Aufsplitterung den aktuellen und zu erwartenden Gegebenheiten des Arbeitsmarkts entspricht. Eine klare Aufteilbarkeit und Differenzierbarkeit der Tätigkeiten – auch innerhalb einer Einrichtung – ist oft nicht gegeben. Insbesondere das Bestehen eines eigenständigen, etablierten Marktes für GesundheitspsychologInnen ist zu überprüfen; gegebenenfalls soll diese starke Separierung korrigiert werden.

Für die Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG)



Kludia Paiha  
Bundessprecherin AUGE/UG  
i. A. Mag.<sup>a</sup> Renate Vodnek